

Von antirassistischen Denkverboten

Anmerkungen zur Rassismus-Debatte in der entwicklungspolitischen Bildung

Seit einigen Jahren melden sich verstärkt Antirassisten und Postkolonialisten zu Wort, die insbesondere die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in unserem Land einer Fundamentalkritik unterziehen. Sie werfen ihr die Fortschreibung einer eurozentrischen Geschichtsschreibung vor, welche die „hegemonialen Konzepte von Entwicklung, Kultur und Rassismus“ reproduziere und dabei die Verwobenheit mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen verschweige.¹ Diese Fundamentalkritik wird verbunden mit einer Reihe von Denkverboten, die nur als ideologische Nötigung verstanden werden können. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, wie hilflos und orientierungslos Teile der entwicklungspolitischen Szene und viele Akteure des Globalen Lernens auf diese Vorhaltungen reagieren.² Es ist daher an der Zeit, den ideologischen Hintergrund und die Prämissen zu beleuchten, mit denen diese „Überwältigungsversuche“ der Antirassisten einhergehen.

Der Rassismus der Antirassisten

Der Antirassismus, wie er uns in mittlerweile zahlreichen neueren Publikationen zur entwicklungspolitischen Bildung propagiert wird, tritt mit einem bemerkenswerten fundamentalen Widerspruch auf: Zunächst wird die Welt eingeteilt in Gut und Böse, in den „Globalen Norden“ und in den „Globalen Süden“, in Privilegierte und Profiteure einerseits und in Ausgebeutete andererseits. Explizit rassistisch wird diese Weltsicht da, wo die Hautfarbe als Kriterium für die Zweiteilung der Welt herangezogen wird. Denn zum „Globalen Süden“, so erfahren wir in verschiedenen Publikationen, gehören nicht nur die Kolonisierten und Ausgebeuteten auf der geografischen Südhälfte der Erde, sondern auch Ausgebeutete wie die Aborigines. Bemerkenswert ist, wer dieser Einteilung zufolge zum „Globalen Norden“, zu den Ausbeutern und Profiteuren gehört, obwohl er oder sie im Süden lebt: Es sind die Weißen in Namibia und in Südafrika. Es sind nicht die Kriegsverbrecher in Syrien oder dem Sudan, nicht die Warlords im Kongo oder die Drogenbarone in Mexiko, nein es sind diejenigen, die an ihrer weißen Hautfarbe identifiziert werden können. Offensichtlicher kann Rassismus kaum noch sein.

Kaum zehn Zeilen später nach der Gut-Böse-Dichotomie wird dann mit scharfen Worten genau das „Othering“, die Differenzierung zwischen „Eigenen“ und „Anderen“, als „Rassialisierung“ gebrandmarkt. Diese Unterscheidung sei nichts anderes als ein „kolonialer Mechanismus, um Kolonialherrschaft, Ausbeutung und Ungleichheit zu rechtfertigen“³. Folgerichtig werden auch die Kategorien verboten, mit denen ein Anders-Sein konstatiert werden könnte: Die Feststellung unterschiedlicher Hautfarbe ist ohnehin rassistisch, aber auch von unterschiedlichen Kulturen darf nicht geredet werden, weil eine solche „Kulturalisierung“ den Rassismus reprodu-

ziere und auch das Worte „Ethnie“ nur ein Platzhalter für Rassismus sei.

Solche kategorialen Denkverbote haben weitgehende Folgen für die Wahrnehmung der Welt. Denn es ist nicht nur verpönt, die Anderen als anders wahrzunehmen, es ist auch ab sofort untersagt, über Missstände, Fehler, Versäumnisse, Entwicklungsprobleme im „Globalen Süden“ überhaupt zu sprechen, weil solche Themen zu unerwünschten Schlussfolgerungen führen könnten. Wer beispielsweise behauptet, dass Afrikaner „für korrupte Regierungseliten, HIV/Aids, Warlords und Kriege etc. selbst verantwortlich seien, inszeniert Afrikaner/-innen als passiv und lethargisch und ‚Uns‘ als selbstlos Gebende.“ Aussagen über die Welt werden also nicht an der Wahrheitsfrage, sondern an ihrer (apodiktisch verkündeten) angeblichen Wirkung gemessen. Die unterstellte Wirkung heißt bei allen kritischen Bemerkungen über den „Globalen Süden“ „koloniale Reproduktion“ und genau das reicht aus, solche Themenfelder zu verbieten, das heißt sie als rassistisch oder kolonialistisch zu verteufeln. Da ist es dann auch folgerichtig, Lehrkräften, die darüber berichtet, dass muslimische Jugendliche sich in der Schule weigern, Lehrerinnen die Hand zu geben, und die ein solches Verhalten als frauenfeindlich bewertet, Rassismus vorzuwerfen.⁴

So viel Zensur war selten. Die Gesinnungskontrolleure sind unterwegs, um jeden Welt-Gedanken zu verhindern, der zu von ihnen unterstellten, unerwünschten Bewertungen oder Schlussfolgerungen führen könnte. Dieses Verhalten ist aus der Geschichte bestens bekannt: Fast immer ist Zensur damit begründet worden, dass nicht unbedingt die Aussagen falsch sind, dass aber die Informationen gefährliche Prozesse bei den so Informierten auslösen könnten.

Die Versuchungen des Antirassismus

Die Kämpfer gegen Stigmatisierung verfallen selbst derartigen Festschreibungen, indem sie die Welt in Opfer auf der einen Seite (Süd) und Täter auf der anderen Seite (Nord) aufteilen. Diejenigen, die Entwicklungshilfe (= „gewaltvolle Praxis“) verteufeln und „white charity“ als „Victimisierung Afrikas“ brandmarken, machen selbst Afrikanerinnen und Afrikaner zu infantilen Trotteln, die von deutschen Antirassisten vor Abwertung und Kritik geschützt werden müssen. Kritik aus dem Ausland scheint für die Menschen in Afrika, Asien oder Lateinamerika nicht zumutbar zu sein. Zahlreiche afrikanische Wissenschaftler und Publizisten (z.B. Wole Soyinka, Axelle Kabou, Dambisa Moyo, James Shikwati) haben sich immer wieder explizit gegen einen solchen Opferstatus ausgesprochen. Menschen Eigenverantwortung für die Jahrzehnte ihrer politischen Autonomie abzusprechen und stattdessen den Kolonialismus zu bemühen, infantilisiert die Gesellschaften in Afrika, Asien oder Lateinamerika.

Es sind die Doppelstandards, die das Ganze so unerträglich machen. Die gleichen Leute, die im Globalen Norden beständig Herrschaftsverhältnisse entlarven, verwenden alle ihre Energie darauf, einen Blick auf Herrschaftsverhältnisse im Globalen Süden zu verhindern oder als rassistisch zu diskreditieren. Die gleichen Leute, die jede Diätenerhöhung im Bundestag für eine schamlose Selbstbereicherung der herrschenden Klasse halten, qualifizieren die Feststellungen von Freiwilligen über Korruption in ihrem Gastland als kolonialistisch. Die gleichen Leute, die hier bei uns das rückständige Familienbild der CSU geißeln, haben ein Problem mit einer Beschäftigung z.B. mit der Unterdrückung von Frauen in Afghanistan, weil „die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit im Globalen Süden dazu dient, den Globalen Norden als emanzipiert, modern und entwickelt darzustellen“ (Glokal: Bildung für nachhaltige Ungleichheit 2013, S. 40). So geht Verschwörungstheorie. Wo kämen wir hin, wenn wir einräumten, dass Frauenrechte bei uns mehr verwirklicht sind als in anderen Teilen der Welt?

Den Nutzen einer solchen selektiven Weltansicht haben zahlreiche Diktatoren gerade in Afrika längst als ihre Chance erkannt. Mit dem Verweis auf den Kolonialismus oder den Neokolonialismus verneinen sie jede eigene Verantwortung für zahllose Verbrechen in ihren Ländern. Robert Mugabe machte die Briten sogar für den Ausbruch der Cholera in Zimbabwe verantwortlich. Das war im Jahre 2008, 28 Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes, das er seitdem mit fester Hand regiert. Aber wenn „bad governance“ eine verbotene Bewertungskategorie ist, die lediglich rassistisches und kolonialistisches Denken offenbart, kann man ihm schwerlich widersprechen.

Die „antirassistischen“ Denk- und Sprechverbote sind aber auch eine fatale Einladung für Diaspora und Migrantengruppen in unserem Land, eine Rolle als Opfer einzunehmen. Ein solcher Opferstatus hat gleich mehrere Vorteile: Er lädt dazu ein, die eigene Verantwortung für das eigene Verhalten abzuwehren und sich stattdessen lediglich als Opfer struktureller Benachteiligung zu sehen. Gleichzeitig schützt die Opferrolle vor Kritiker/innen, soweit diese sensibel sind für den Vorwurf des Rassismus. Denn Opfer kritisiert man nicht. Viele Migrantengruppen – schon wieder eine unkorrekte Begrifflichkeit – lehnen eine solche Zuschreibung ab. In ihren Augen ist es legitim, nicht nur über Diskriminierung, strukturelle Bildungsbenachteiligung oder Islamophobie zu diskutieren, sondern auch über Ehrenmorde, Frauenunterdrückung oder fehlende Bildungsambitionen. Solche Themenfelder verbieten zu wollen, diskreditiert das durchaus notwendige Engagement gegen Rassismus insgesamt. Wer mit dem Hinweis auf mögliche Stigmatisierungen den Diskurs verbieten will, erntet im Übrigen bestenfalls eine vordergründige, angepasste political correctness.

Des Nachdenkens würdig ist in diesem Zusammenhang auch die Setzung, dass „People of Colour“ nicht rassistisch sein können. Ist Rassismus tatsächlich ausschließlich ein „globales Gruppenprivileg, das weiße Menschen und ihre Interessen konsequent bevorzugt“? (Aufruf zum Festival gegen Rassismus, Juni 2012 in Göttingen, Noah Sow) Alltagserfahrungen mit bestimmten migrantischen Milieus, aber auch ein Blick in die Welt mit so vielen kriegerischen Konflikten, die u.a. auch eine ethnische Dimension haben, machen es fragwürdig, die Rassismus-Zuschreibung tatsächlich an der Hautfarbe festzu-

machen. Es mag zutreffend sein, dass die weiße Mehrheitsgesellschaft in unserem Land aufgrund struktureller Macht andere Potentiale für Rassismus hat, doch die Konflikte jenseits dieser Konstellation können nicht einfach wegdefiniert werden.

Kultureller Relativismus

Es soll an dieser Stelle einigen Aussagen der Rassismus-Kritiker/-innen explizit zugestimmt werden. Es ist unbestreitbar, dass die koloniale Unterdrückung begleitet war von eurozentrischen Überlegenheitsgefühlen, mit der Abwertung anderer Völker und Kulturen, mit einer Vorstellung von Fortschritt und Entwicklung, welche die Privilegien des Weiß-Seins fortschreibt. Ebenso unbestreitbar ist in meinen Augen, dass diese Denkmuster auch heute noch vorhanden sind, auch in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Die diskursive, nicht apodiktische Auseinandersetzung mit den Implikationen des „Weißseins“ und den Mechanismen westlicher Prädominanz muss Teil des konzeptionellen Selbstverständnisses der entwicklungspolitischen Bildung werden. Doch Denk- und Sprechverbote sind hierbei weder hinnehmbar noch hilfreich.

Es wird auch nicht ohne normative Setzungen seitens derer gehen, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit betreiben. Solche Setzungen sind nicht deshalb schon obsolet, weil sie Bestandteil weißer Weltbeherrschung waren. So mag zum Beispiel „Wissen“ in der Tat Teil der weißen Herrschaftssprache sein und zur Überlegenheit und zur Diskriminierung gegenüber Anderen beitragen; Wissenschaftsorientierung, veröffentlichte und freie Meinungen und entsprechende Diskurse sind dennoch unverzichtbare Bestandteile einer republikanischen Gesellschaft und einer dieser Tradition verpflichteten Bildung. Die (vor allem auf das Individuum abzielenden) Menschenrechte mögen auf kulturellen europäischen Prämissen beruhen; ihre universelle Gültigkeit einzufordern ist dennoch richtig. Menschenwürde, der Schutz des Lebens, die Gleichberechtigung der Frau, die Aufklärung etc. mögen Teil des ideengeschichtlichen Projekts (nicht der politischen Praxis) Europa sein; es gibt keinen Grund, sie deshalb weniger als politische Optionen zu verfolgen. Jedes dieser Bezugsfelder ist hinterfragbar, ist diskriminierend, hat auch eine Herrschaftsgeschichte. Dies aber kann kein hinreichender Grund dafür sein, auf derartige normative Bezüge zu verzichten. Es muss Grenzen des kulturellen Relativismus geben, der dem vermeintlich Authentischen jedes Recht zubilligt und alles vermeidet, was als Bedrohung der kulturellen Identität oder als Wertung verstanden werden könnte. Die von den Antirassisten verfügbaren Denkverbote führen im Ergebnis zu einer fatalen Gleichgültigkeit gegenüber den Leiden der Welt.

Erschreckend ist für mich in diesem Zusammenhang, wie widerspruchslos Akteure der entwicklungspolitischen Bildung bereit sind, Denkverbote zu akzeptieren, sich wichtige entwicklungspolitische Fragestellungen mit dem Hinweis auf rassistisches oder kolonialistisches Denken verbieten zu lassen. Forderungen nach der Beendigung von Gewalt und Krieg, nach Gerechtigkeit für Arme und Kleinbauern, nach Partizipation für Frauen und ethnische Minoritäten dürfen nur noch für das Inland erhoben werden; auf den „globalen Süden“ bezogen sind sie eine illegitime Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker. Die Angst, mit derartigen Posi-

tionenbereits rassistisch zueinander, verdrängt Werteentscheidungen, die früher selbstverständlich (auch gegen Widerstand) bezogen wurden. Aber auch hierfür gibt es eine Lösung: „Ich schlage vor“, schreibt die Antirassistin Astrid Messerschmidt, „die Perspektive zu wechseln und uns der Illusion von globalem Lernen zu verweigern. Stattdessen könnte es einen Versuch wert sein, sich auf die eigene Zone zu besinnen, auf den begrenzten Kontext unserer gesellschaftlichen Existenz im privilegierten Teil der Welt“ (A.M. in einem Vortrag über „Postkoloniale Bildungsprozesse“ beim Kongress des EWN-Hessen „Eine Welt – Spur(t)en in Hessen, Wiesbaden 2004).

Welch' eine elegante Problemlösung. Globales Lernen war einmal gerade als Grenzüberschreitung gedacht, als Perspektivwechsel, der in der ohnehin globalisierten Welt endlich auch andere Regionen und Menschen jenseits der ‚eigenen Zone‘ in den Blick nimmt und nach weltweiten Zusammenhängen und Verantwortlichkeiten fragt. Jetzt soll es zurück zur Froschperspektive gehen, weil der Blick über den Tellerrand angeblich nur ein kolonialer Blick sein kann. Verhältnisse in anderen Ländern gehen uns nichts mehr an. Nicht-Einmischung wird zur Tugend erklärt. Wer ohnehin der Überzeugung ist, dass die Nord-Süd-Verbindungen für jegliche Armut und Unterdrückung im Globalen Süden verantwortlich sind, wird solchen Isolationismus per se für Fortschritt halten. Wer dagegen internationale Beziehungen für eine unvermeidbare Realität in einer globalisierten Welt hält, wird an der Gestaltung dieser Beziehungen arbeiten wollen. „Wir mischen uns da ein bisschen ein“ war bisher das Credo der Eine-Welt-Bewegung. Doch Solidarität war früher. Heute ist sie Kennzeichen anmaßenden (weißen) Überlegenheitsdenkens.

Perspektiven

Es ist zu vermuten, dass die Empfänglichkeit vieler Eine-Welt-Engagierter für die totale Ideologie, die da als Antirassismus daherkommt, eher psychische als intellektuelle Ursachen hat. Es gibt bei vielen – übrigens auch bei vielen jungen Leuten in den Freiwilligendiensten – ein tiefes Gefühl der Schuld und der Scham, das beim Erinnern an die Verbrechen des Kolonialismus und beim Blick auf die so unterschiedlichen Lebenschancen von Menschen in Nord und Süd aufkommt. Wohlstand und Wahlmöglichkeiten privilegieren uns gegenüber der Mehrheit der Menschheitsfamilie in einem kaum erträglichen Ausmaß. Der „Schuldkomplex“ (Pascal Bruckner) sucht deshalb nach Entlastung. Selbstanklage und Selbsthass („Wir Rassisten“) sind ein Weg, mit dieser Schuld umzugehen. Diese Selbstbeziehung ist grenzenlos und gnadenlos. Es gibt da keine Brüche oder Widersprüchlichkeiten, sondern eine Kollektivschuld, die für alles Schlechte in der Welt verantwortlich ist. Unser Rassismus und unser Kolonialismus sind die Quellen allen Bösen und die wahren Herrscher über die Welt. So kehrt der Eurozentrismus über die Hintertür wieder zurück.

Am Ende ist zu fragen: Was können die Akteure des Globalen Lernens aus der in Teilen unsäglichen Antirassismus-Debatte lernen? Wie können die wichtigen ‚In-Frage-Stellungen‘ durch Ansätze von Antirassismus und „critical Whiteness“ aufgegriffen werden, ohne sich gleichzeitig genötigt zu fühlen, den ideologischen Ballast mit aufzunehmen, der hier mittransportiert wird: Die Denkverbote und Schuldzuweisungen, das dichotome Weltbild von Guten und Bösen, den stumpfen Antikapitalismus als die Wurzel aller Übel der Welt und den Selbsthass, der allzu oft dort mitschwingt. Wie finden wir zu einer selbstkritischen, Rassismus-sensiblen entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die dennoch nicht auf Werteentscheidungen und Standpunkte verzichtet?

Der Weg dorthin könnte noch weit sein. Doch die Bereitschaft, sich im Sinne des Wortes selbst-kritisch mit den eigenen Positionen zu beschäftigen, braucht vor allem eines: Den Verzicht auf Überwältigung, auf Einschüchterung und auf die Drohung mit der Rassismus-Keule. Denn Fragen lassen sich nicht verbieten und Lernprozesse nicht ideologisch verordnen. Globales Lernen ist vor allem als Einladung zu verstehen, unterschiedliche, auch neue Perspektiven einzunehmen. Der Diskurs, die Widersprüchlichkeit der Welt, der Umgang mit Zielkonflikten und nicht zuletzt die Konfrontation mit den eigenen Setzungen und Stereotypen gehören notwendig dazu, nicht aber die Übernahme eines geschlossenen ideologischen Weltbildes, in dem Denkverbote errichtet werden und richtig und falsch, gut und böse, längst verteilt sind. In diesem Sinne ist das Globale Lernen als Lernansatz gegen seine antirassistischen ideologischen Überwältiger zu verteidigen.

Anmerkungen

- 1 Hier hat sich vor allem die Berliner Gruppe GLOKAL hervorgetan. Die „postkoloniale Analyse“ mit dem Titel „Bildung für nachhaltige Ungleichheit?“ (erhältlich als download) kann hier als eine Art Generalabrechnung angesehen werden.
- 2 Der hier besonders profilierte Berliner entwicklungspolitische Ratschlag BER hat drei seiner vier Publikationen den „anti-rassistischen Bildungsarbeit“ gewidmet, ohne allerdings hier auch Gegenpositionen einzubeziehen. Die Publikationen sind unter <http://ber-ev.de/bestellungen> zu finden.
- 3 Alle zitierten Begrifflichkeiten entstammen der in 1 genannten Publikation.
- 4 Maureen Maisha Eggers in der Broschüre „Wer anderen einen Brunnen gräbt“, Berlin 2012.

Literatur:

- Danielzik, C.-M./Kiesel, T./Bendix, D. (2013):** Bildung für nachhaltige Ungleichheit. Berlin.
- Messerschmitt, A. (2004):** Vortrag über „Postkoloniale Bildungsprozesse“ beim Kongress des EWN-Hessen „Eine Welt – Spur(t)en in Hessen, Wiesbaden.
- Sow, N. (2012):** Aufruf zum Festival gegen Rassismus. Göttingen.

Georg Krämer

ist Fachreferent für entwicklungspolitische Bildung des Welthaus Bielefeld und Fachpromotor für Globales Lernen des Landes NRW. Georg.Kraemer@welthaus.de